

Rede in der Stadtratssitzung vom 09.04.2018

Stadtrat 09.04.18

Bürgerbefragung

Wir diskutieren über ein Thema, das aktuell erscheint, es aber nicht ist.

Aktuell ist lediglich die Idee eines im Landtag von seinen eigenen Leuten isolierten CDU- Politikers eine Bürgerbefragung herbeizuführen, die weder den unmittelbaren Wirkungskreis unserer Kommune betrifft noch praktische Konsequenzen hat.

Damit ist diese Beschlussvorlage in meinen Augen illegal und am Ende lediglich ein Antrag auf Verschwendung von Steuergeldern.

Aber es ist nicht mein Anliegen, den Antrag aus formalen Gründen in die Tonne zu kloppen.

Dies würde von manchen politischen Gruppierungen dazu genutzt werden, mir oder uns vorzuwerfen, bürgerferne Politik betreiben zu wollen. Es käme reflexhaft der Vorwurf: „typisch, dass die da oben das Volk nicht mitentscheiden lassen wollen.“

Allerdings wird den Bürgerinnen und Bürgern mit dieser Bürgerbefragung nur vorgegaukelt, sie könnten mit ihrer Stimmabgabe in dieser Angelegenheit etwas bewirken.

In Wirklichkeit wissen die Initiatoren dieser Beschlussvorlage selber ganz genau, dass sie mit dieser Befragung nichts, aber auch gar nichts verändern können, was sie aber geflissentlich verschweigen.

Schauen wir doch einmal zurück in die Historie von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Bürgerbefragungen in Stendal. Wie viele fallen einem dazu ein: im Grunde genommen doch wenige, sehr wenige.

Einen Bürgerentscheid gab es meines Wissens nach nur einen und der ging nicht auf eine Beschlussvorlage der CDU zurück.

Bürgerbefragungen sind mir nur 2 bekannt: Die Befragung nach der Bezeichnung Hansestadt Stendal und die von den Linken und von uns eingebrachte Befragung bezüglich des Parkens auf dem Sperlingsberg.

Gerade in Bezug auf die Befragung zum Parken auf dem Sperlingsberg hat sich die CDU nicht gerade mit demokratischem Ruhm bekleckert. In der betreffenden Stadtratssitzung am 22.03.15 wurde die

Bürgerbefragung von Herrn Güssau als unsinnig abgetan, er warf uns sogar einen Missbrauch der Demokratie vor. Dementsprechend stimmte die Mehrheit der CDU- Fraktion damals gegen diese Bürgerbefragung!

Schlimmer noch war das Verhalten der CDU dann nach dem Ergebnis dieser Bürgerbefragung und der entsprechenden Stadtratssitzung am 12.10.15. Es wurde von einem Beitrag zur Verödung der Innenstadt gesprochen und das Ergebnis in seiner Relevanz in Frage gestellt.

Und der Oberbürgermeister ließ es sich nicht nehmen eifrig darauf hinzuweisen, dass eine Bürgerbefragung den Stadtrat nicht an das Ergebnis bindet!

Am Ende beantragte die CDU- Fraktion beim Beschluss zur Umsetzung der Bürgerbefragung eine namentliche Abstimmung bei der sich 13 CDU- Mitglieder gegen die Konsequenz aus der Bürgerbefragung aussprachen und der OB sich enthielt.

Soviel, meine Damen und Herren, zum Demokratieverständnis von Herrn Schmotz, von Herrn Güssau und der von ihm geführten Fraktion.

Volksstimmen: Dann aber kam der Fraktionsvorsitzende zum entscheidenden Punkt: "Dass sie das mit der Oberbürgermeisterwahl zusammenbringen, ist Missbrauch der direkten Demokratie, außerdem ist ihre Vorlage mangelhaft." Weder stehe in dem Antrag, ob die Befragung schriftlich oder online erfolgen solle, noch welche Kosten sie verursache. Das sei laut Hauptsatzung aber notwendig. Dann wurde es unruhig im Sitzungssaal.

Fassen wir also zusammen: Wenn es wirklich um Belange ging, die die Bürgerinnen und Bürger unserer Kommune mitentscheiden konnten und durften, hat sich die CDU-Stendal alles andere als eine bürgernahe Volkspartei geoutet! Im Gegenteil, sie hat den Bürgerwillen missachtet und ins lächerliche gezogen.

Herr Güssau spielt seit seinem Amtsverzicht als Landtagspräsident in seiner Landtagsfraktion praktisch keine Rolle mehr. Wie zerschnitten das Tuch zwischen ihm und seinem Parteikollegen und Innenminister Stahlknecht tatsächlich ist, das konnte jeder erkennen, der die Informationsveranstaltung am 21.03.18 in der Katharinenkirche mit offenen Ohren und offenen Augen verfolgt hat.

Das Herr Güssau jetzt das Trugbild eines volksnahen Kommunalpolitikers spielt ist nur noch damit zu erklären, allen zu zeigen, welche Hausmacht er in seinem kleinen Stendaler Sprengel noch besitzt. Dies hier ist praktisch die letzte Bastion, auf die er sich noch stützen kann.

Er schielt mit diesem Antrag also primär und einzig und allein auf die Kommunalwahl in einem Jahr, und das, meine Damen und Herren, ist das eigentlich verwerfliche an dieser Angelegenheit!

Dabei wäre es doch sein Job gewesen im Landtag von Sachsen- Anhalt, als Abgeordneter dieses Wahlkreises, von Anfang an, also ab Herbst 2015, immer und immer wieder auf die Probleme, die er im Zusammenhang mit einer ZAST in Stendal sieht, hinzuweisen.

Aber lassen wir uns von den kleinen politischen Machenschaften einzelner nicht zu sehr von den eigentlichen Aufgaben und Problemen, die mit der Zuwanderung von Flüchtlingen einhergehen, ablenken.

Niemand streitet ab, dass die Zuwanderung fremder ethnischer Gruppen mit unterschiedlichen Religionen zu Konflikten führt. Niemand streitet ab, dass Ansammlungen junger Männer, die keine vernünftige Aufgabe haben, ein hohes Gewaltpotential inne wohnt.

Dies ist aber kein Ausländerproblem für sich, sondern ein allgemein gesellschaftliches und soziales. Erleben wir nicht an fast jedem Wochenende, welches Gewaltpotential in deutschen Fußballstadien herrscht, wenn sog. Fangruppen, die eindeutig männerdominiert sind, aufeinander treffen? Ist es nicht erschreckend zu sehen, welches ein Polizeiaufgebot erforderlich ist, um dort Eskalationen zu verhindern?

Aber - würde deshalb jemand auf die Idee kommen, den Fußball zu verbieten?

Genauso wenig wird es eine Lösung der Flüchtlingskrise geben, die dazu führt, dass keine Flüchtlinge mehr nach Deutschland kommen. Diesen Tatsachen können wir uns auch in Stendal nicht verschließen. Auch die deutsche Provinz wird ein Stück weit vielfältiger und bunter werden.

Unter den richtigen Rahmenbedingungen ist dies aber vielmehr Bereicherung als Bedrohung.

Wir müssen lernen zu akzeptieren, dass wir in einer Welt voller Unruhen, die sich nur wenige Flugstunden von uns entfernt abspielen, nicht weiterhin ungestört auf einer Insel der Glückseligen leben werden. Sicherlich ist ein unbegrenzter Zuzug gesellschaftlich nicht zu verkraften und unter gewissen Gesichtspunkten auch nicht legitim.

Aber wir in Stendal haben nicht grundsätzlich über die richtige oder falsche Flüchtlingspolitik zu entscheiden. Dafür haben wir unsere Bundestagsabgeordneten.

Unsere Aufgabe ist es vielmehr, sich konstruktiv mit den Realitäten vor Ort zu beschäftigen.

Und in dieser Beziehung muss ich dem Landkreis mit dem Landrat Wulfänger an der Spitze sowie den zuständigen Verwaltungen in Kreis und Stadt uneingeschränkten Respekt zollen.

Wir mussten in unserer Region trotz einer Flüchtlingszahl, die deutlich höher lag, als für die Landes-Erstaufnahme geplant ist, keine Turnhallen schließen, um Flüchtlinge unterzubringen.

Wir konnten die Flüchtlingskinder in Kitas und Schulen einbringen und haben ganz ohne großes Aufheben die medizinische Versorgung bewältigt, ohne dass die einheimische Bevölkerung darunter leiden musste.

Zahlreiche kommunale Einrichtungen, Sportvereine und unzählige ehrenamtliche und karitative Gruppierungen haben mit enormen Engagement dazu beigetragen, die Integration positiv zu begleiten. Diesen daran beteiligten Menschen sind wir, das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen, zu großem Dank verpflichtet.

Wir können also auf dem Aufbauen, was Verwaltungen und andere Einrichtungen schon längst geleistet haben.

Somit ist die von Ihnen aufgeführte Begründung, „die eigenen Ressourcen der kommunalen Einrichtungen und das vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement durch die Inbetriebnahme dieser Erstaufnahme seien überfordert“ allein schon durch die in der Vergangenheit erbrachten Leistungen und Erfahrungen widerlegt.

Mit dem Bau der LAE in der Gardelegener Straße können wir den Möringer Weg schließen.

Wir werden keinen weiteren Zuzug von Flüchtlingen in den Landkreis haben und die LAE wird keine Kapazität von 2000, sondern nur von 600- 1000 Bewohnern haben. Dies und viele andere Punkte, wie verstärkte Polizeipräsenz oder Fragen der allgemeinen und medizinischen Versorgung, die wir in einem Schreiben an den Innenminister formuliert haben, wurden uns öffentlich von Herrn Stahlknecht zugesichert und ich habe, möglicherweise im Gegensatz zu Ihnen Herr Güssau, keine Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Innenministers.

Wir haben in der LAE also einen Zuzug von Asylsuchenden zu erwarten, der deutlich unter dem liegt, was Landkreis und Stadt in der Vergangenheit schon bewältigt haben, ohne dass der soziale Frieden nachhaltig gestört wurde.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas sagen, was mir sehr am Herzen liegt.

Bei all dem Für- und Wider um die Flüchtlingsdebatte bleiben nach meinem Eindruck die Menschlichkeit und das Einfühlungsvermögen immer mehr auf der Strecke.

In die geplante LAE sollten überwiegend sog. vulnerable Personen aufgenommen werden.

Das sind allein reisende Frauen, Kinder und Behinderte: also die Ärmsten der Armen, also die Menschen, die am meisten Schutz und Einfühlungsvermögen benötigen.

Ihre Fraktion hat sich in vorbildlicher Weise für das Frauenhaus in Stendal eingesetzt.

Sie setzen sich damit für diejenigen ein, die Willkür und Misshandlungen ausgesetzt waren und unabhängig von ihrer kulturellen Herkunft angemessene Hilfe benötigen.

Sorgen Sie mit uns dafür, dass diese Fürsorge für alle Menschen gilt, die in Stendal Zuflucht gefunden haben und Zuflucht finden werden. Arbeiten sie bitte konstruktiv mit uns an der Bewältigung von Problemen, die von rechts geschürt werden.

Sagen Sie der Bevölkerung ehrlich, dass auch Sie, Herr Güssau genau wissen, dass Sie nicht derjenige sind, der den Bau der Erstaufnahme am Gardelegener Weg verhindern kann.

Haben Sie den Mut, diese unselige Beschlussvorlage zurückzuziehen. Allein damit täten Sie dem sozialen Frieden in unserer Stadt einen riesen Gefallen.

Ich danke für Ihre Geduld.

H. Wollmann

An dieser Stelle ist es also angebracht, darüber zu reden, was Lokalpolitik leisten soll und kann.

Auf berechnende Art und Weise Ängste schüren? Den Menschen Hoffnungen machen, die am Ende nur enttäuscht werden? Also in letzter Konsequenz unehrliche, zynische Politik zu machen, mit der niemandem geholfen ist? Oder wäre es nicht besser, ehrlich zu agieren?

Die Fakten zu akzeptieren und zu versuchen, einen Weg zu finden, der am Ende alle Seiten so gut wie möglich zufrieden stellt.

Dazu gehört es auch, in aller Deutlichkeit zu sagen, dass es kaum möglich sein wird, die ZAST bzw. Landes- Erst- Aufnahme zu verhindern.

Genauso wenig wird es eine Lösung der Flüchtlingskrise geben, die dazu führt, dass keine Flüchtlinge mehr nach Deutschland kommen. Diesen Tatsachen können wir uns auch in Stendal nicht verschließen. Auch die deutsche Provinz wird ein Stück weit vielfältiger und bunter werden. Unter den richtigen Rahmenbedingungen ist diese vielmehr Bereicherung als Bedrohung.

(3) Die Vertretung kann beschließen, zu Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Kommune eine Befragung der Bürger durchzuführen. Satz 1 gilt nicht in Angelegenheiten nach § 26 Abs. 2 Satz 2 Nrn. 4 bis 8. Die Befragung hat in anonymisierter Form zu erfolgen. Die Abstimmung kann auch als Onlineabstimmung erfolgen, soweit hinreichend sichere Vorkehrungen gegen Missbrauch und zur Sicherung der Integrität der Ergebnisermittlung getroffen werden. Die Teilnahme ist freiwillig. Einzelheiten sind in der Hauptsatzung zu regeln.

Eine Bürgerbefragung nach § 28 Abs. 3 KVG LSA erfolgt ausschließlich in wichtigen Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Stadt. Sie kann nur auf Grundlage eines Stadtratsbeschlusses durchgeführt werden, in dem die mit „ja“ oder „nein“ zu beantwortende Frage formuliert ist und insbesondere festgelegt wird, ob die Befragung als Onlineabstimmung oder im schriftlichen Verfahren erfolgt, in

welchem Zeitraum die Befragung durchgeführt wird und in welcher Form das Abstimmungsergebnis bekanntzugeben ist. Bei Bürgerbefragungen im Zusammenhang mit Wahlen ist zu sichern, dass auch Briefwähler an der Bürgerbefragung teilnehmen können.

Dabei geht es nicht darum mögliche Probleme, die mit der Zentralen Aufnahmestelle einhergehen, zu verschweigen. Im Gegenteil. Etwaige Fehlentwicklungen müssen in aller Deutlichkeit angesprochen werden. Wer in Deutschland Schutz erhält, muss sich ohne jede Ausnahme an hier geltendes Recht halten. Aus Rücksichtnahme auf eine wie auch immer geartete Political Correctness die Augen vor der Realität zu verschließen, hilft niemandem weiter. Weder der einheimischen Bevölkerung, am aller wenigsten den Flüchtlingen.

Dabei bin ich jedoch davon überzeugt, dass der Großteil jener Menschen nicht nach Deutschland kommt, um Unruhe zu stiften oder es sich in der sozialen Hängematte bequem zu machen. Davon zeugen zu viele Beispiele gerade junger Flüchtlinge, die versuchen beruflich in der Region Fuß zu fassen. Wenn man ihnen die Chance gibt, sich zu integrieren. In diesem Sinne ist eine prinzipienfeste Offenheit der Schlüssel dafür, den sozialen Frieden in der Stadt zu erhalten. Jedenfalls mehr als das Bedienen von Vorurteilen und unbegründeten Ängsten.